



Häufig gestellte Fragen zum Bundesreisekostengesetz (BRKG)

1. Wie und wo ist der Anspruch auf Erstattung der Reisekostenvergütung geltend zu machen?..	2
2. Zu welcher Uhrzeit ist der Beginn bzw. die Beendigung einer Dienstreise zumutbar?.....	2
3. In welcher Höhe besteht ein Anspruch auf Tagegeld im Inland?	2
4. Wann erfolgt eine Kürzung des Tagegeldes?.....	3
5. Gibt es Fälle, in denen kein Tagegeld gezahlt wird?	3
6. Wann und in welcher Höhe besteht ein Anspruch auf Übernachtungsgeld?.....	3
7. Wie hoch ist die Erstattung der Übernachtungskosten, wenn der Pauschalbetrag überschritten wird?.....	3
8. Was ist bei der Ausstellung von Hotelrechnungen zu beachten?	4
9. Wann besteht kein Anspruch auf Übernachtungsgeld?	4
10. Was wird mir erstattet, wenn ich für Dienstreisen den privaten PKW benutzt habe?.....	4
11. Welche Kosten werden mir bei Benutzung eines Mietwagens oder Taxis erstattet?.....	5
12. Welche Kosten werden mir bei einer Zugfahrt erstattet?.....	5
13. Können Reisekosten für Begleitpersonen erstattet werden?.....	6
14. Wie werden Dienstreisen abgerechnet, die mit einer privaten Reise verbunden wurden, um z.B. günstigere Flugtarife (sog. Spartarif-Flüge) zu erhalten?.....	6
15. Sind Kosten für eine Reisegepäckversicherung bei Dienstreisen erstattungsfähig?	6
16. Werden bei Auslandsdienstreisen die Kosten für den Abschluss einer Auslandsrankenversicherung übernommen?.....	7

1. Wie und wo ist der Anspruch auf Erstattung der Reisekostenvergütung geltend zu machen?

Die Reisekostenvergütung wird nur auf schriftlichen oder elektronischen Antrag innerhalb einer Ausschlussfrist von **sechs Monaten** nach Beendigung der Dienstreise gewährt. Nach Ablauf dieser Frist kann Reisekostenvergütung nicht mehr gewährt werden.

Die zuständigen Stellen können bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Antragstellung die **Vorlage der maßgeblichen Kostenbelege** verlangen. Werden diese Belege auf Anforderung nicht innerhalb von drei Monaten vorgelegt, kann der Vergütungsantrag insoweit abgelehnt werden.

2. Zu welcher Uhrzeit ist der Beginn bzw. die Beendigung einer Dienstreise zumutbar?

Der Beginn einer Reise ist grundsätzlich ab 06:00 Uhr zumutbar, die Ankunft am Geschäftsort sowie die Rückkehr an den Wohnort bis 24:00 Uhr (keine Unterscheidung nach Sommer und Winter).

Ein früherer Dienstreisebeginn bzw. ein späteres Dienstreiseende aus dienstlichen Gründen (z.B. zweckmäßige Verkehrsmittel, dienstlich bereitgestellte Mitfahr- bzw. Mitfluggelegenheiten) bleiben unberührt.

3. In welcher Höhe besteht ein Anspruch auf Tagegeld im Inland?

Bezüglich der Höhe des Tagegeldes verweist das Bundesreisekostengesetz in Verbindung mit Ziffer 6.1.1 der mit Wirkung zum 01.01.2014 geänderten Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (BRKGVwV) auf § 9 Absatz 4a Satz 3 des Einkommenssteuergesetzes (EStG).

Demnach beträgt die Verpflegungspauschale / das Tagegeld seit dem 01.01.2014 bei Inlandsdienstreisen

- 24 Euro für jeden Kalendertag, an dem der Arbeitnehmer 24 Stunden von seiner Wohnung abwesend ist,
- jeweils 12 Euro für den An- und Abreisetag, wenn der Arbeitnehmer an diesem, einem anschließenden oder vorhergehenden Tag außerhalb seiner Wohnung übernachtet,
- 12 Euro für den Kalendertag, an dem der Arbeitnehmer ohne Übernachtung außerhalb seiner Wohnung mehr als 8 Stunden von seiner Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte abwesend ist; beginnt die auswärtige berufliche Tätigkeit an einem Kalendertag und endet am nachfolgenden Kalendertag ohne Übernachtung, werden 12 Euro für den Kalendertag gewährt, an dem der Arbeitnehmer den überwiegenden Teil der insgesamt mehr als 8 Stunden von seiner Wohnung und der ersten Tätigkeitsstätte abwesend ist.

Tagegeld wird nicht gewährt, wenn zwischen der Dienststätte oder der Wohnung und der Stelle, an der das Dienstgeschäft erledigt wird, nur eine geringe Entfernung (nicht mehr als zwei Kilometer) besteht.

4. Wann erfolgt eine Kürzung des Tagegeldes?

Erhalten Dienstreisende Ihres Amtes wegen unentgeltlich Verpflegung, werden zurzeit von dem zustehenden Tagegeld für die entsprechenden Mahlzeiten folgende Beträge einbehalten:

- Frühstück: 4,80 Euro (20 % **des Tagegeldes für einen vollen Kalendertag**)
- Mittagessen: 9,60 Euro (40 % **des Tagegeldes für einen vollen Kalendertag**)
- Abendessen: 9,60 Euro (40 % **des Tagegeldes für einen vollen Kalendertag**)

Gleiches gilt, wenn das Entgelt für Verpflegung in den erstattungsfähigen Fahrt-, Übernachtungs- oder Nebenkosten enthalten ist.

5. Gibt es Fälle, in denen kein Tagegeld gezahlt wird?

- Besteht zwischen der Dienststätte oder der Wohnung und der Stelle, an der das Dienstgeschäft erledigt wird, nur eine geringe Entfernung, wird Tagegeld nicht gewährt (§ 6 Abs. 1 Satz 3 BRKG). Eine Entfernung im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 3 BRKG ist als gering anzusehen, wenn sie nicht mehr als zwei Kilometer beträgt.
- Bei Reisen zu Personalversammlungen (vgl. § 50 Abs. 1 S. 4 BPersVG) wird kein Tagegeld gezahlt.
- Wenn alle Mahlzeiten des Tages (Frühstück, Mittagessen, Abendessen) amtlich unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, wird auch kein Tagegeld gezahlt.
- Bei einer eintägigen Dienstreisedauer von genau 8 Stunden bzw. von unter 8 Stunden wird kein Tagegeld gewährt.

Bei Dienstreisen an den Wohnort wird nur für die Dauer der dienstlich notwendigen Abwesenheit von der Wohnung Tagegeld gezahlt (s. Frage 3).

6. Wann und in welcher Höhe besteht ein Anspruch auf Übernachtungsgeld?

Für eine notwendige Übernachtung erhalten Dienstreisende pauschal 20 Euro, wenn keine oder geringere Kosten als 20 Euro entstanden sind.

7. Wie hoch ist die Erstattung der Übernachtungskosten, wenn der Pauschalbetrag überschritten wird?

Nachgewiesene Übernachtungskosten werden ohne Angabe weiterer Gründe als notwendig erstattet, wenn ein Betrag von 60,00 Euro ohne Frühstück bzw. 64,80 Euro mit Frühstück nicht überschritten wird. Übernachtungskosten werden auch dann erstattet, wenn die Reisestelle diese vor Reiseantritt als angemessen anerkannt bzw. gebucht hat oder Dienstreisende Zimmer aus einem von der Reisestelle herausgegebenen Hotelverzeichnis (z.B. der TMS-Hotelliste des Bundes) zu den dort genannten Bundkonditionen buchen.

Sofern die tatsächlichen Kosten die ortsbezogene Höchstgrenze des TMS-Hotelverzeichnisses überschreiten, ist die Unvermeidbarkeit der entstandenen Kosten darzulegen und nachzuweisen. Unvermeidbar sind z.B. erhöhte Übernachtungskosten dann, wenn kein anderes zumutbares preiswerteres Hotel buchbar gewesen ist oder zur Erledigung des Dienstgeschäftes zwingend ein bestimmtes Hotel zu nutzen ist (Tagungshotel).

Voraussetzung für eine uneingeschränkte Erstattung von notwendigen Hotelübernachtungskosten inklusive Frühstückskosten ist ferner, dass die Hotelrechnung zwingend auf den Dienstherrn/Arbeitgeber ausgestellt und der Name der/des Dienstreisenden nur als Übernachtungsgast in der Rechnung genannt wird (arbeitgeberveranlasste Buchung).

Tipp: Buchen Sie Hotelzimmer am besten über Ihre Reisevorbereitungsstelle.

8. Was ist bei der Ausstellung von Hotelrechnungen zu beachten?

Damit eine so genannte "arbeitgeberveranlasste Buchung" mit der Rechnung dokumentiert wird, ist es zwingend erforderlich, dass die Hotelrechnung auf den Arbeitgeber/Dienstherrn ausgestellt ist und der Name der/des Dienstreisenden nur als Übernachtungsgast in der Rechnung genannt wird. Nur so können Risiken für eine uneingeschränkte Hotel- inklusive Frühstückskostenerstattung vermieden werden.

9. Wann besteht kein Anspruch auf Übernachtungsgeld?

- für die Dauer der Benutzung von Beförderungsmitteln
- bei Dienstreisen am oder zum Wohnort für die Dauer des Aufenthalts an diesem Ort
- bei unentgeltlicher Bereitstellung einer Unterkunft des Amtes wegen, auch wenn diese Unterkunft ohne triftigen Grund nicht genutzt wird
- in den Fällen, in denen das Entgelt für die Unterkunft in den erstattungsfähigen Fahrt- oder sonstigen Kosten enthalten ist, es sei denn, dass eine Übernachtung aufgrund einer zu frühen Ankunft am Geschäftsort oder einer zu späten Abfahrt von diesem zusätzlich erforderlich wird
- bei Erledigung nächtlicher Dienstgeschäfte, wenn Art und Zweck des Dienstgeschäfts die Inanspruchnahme einer Unterkunft ausschließen (zum Beispiel Nachtfahrten, Nachtkontrollen, Schichtdienst), also eine Übernachtung nicht vorliegt.

10. Was wird mir erstattet, wenn ich für Dienstreisen den privaten PKW benutzt habe?

Bei Benutzung eines PKW oder eines anderen motorbetriebenen Fahrzeugs wird eine Wegstreckenentschädigung von 20 Cent je Kilometer zurückgelegter Strecke gewährt, grundsätzlich jedoch nur bis zu einem Höchstbetrag von 130 Euro.

Eine Sachschadenshaftung des Dienstherrn kann in diesen Fällen bis zu einem Betrag von 350,00 Euro bestehen, sofern Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nicht entgegenstehen (vergleiche Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern vom 12.02.2007, Ziffer 1.2).

Besteht an der Benutzung eines Kraftwagens ein erhebliches dienstliches Interesse, beträgt die Wegstreckenentschädigung 30 Cent je Kilometer zurückgelegter Strecke. Das erhebliche dienstliche Interesse (liegt z.B. vor bei einer Schwerbehinderung des/der Dienstreisenden mit dem Merkzeichen – aG – oder auch, wenn an einem Tag an verschiedenen Stellen Dienstgeschäfte wahrzunehmen sind, die bei Benutzung regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel in dieser Zeit nicht erledigt werden könnten) muss vor Antritt der Dienstreise in der Anordnung oder Genehmigung schriftlich oder elektronisch festgestellt worden sein.

11. Welche Kosten werden mir bei Benutzung eines Mietwagens oder Taxis erstattet?

Die Kosten für die Benutzung eines Mietwagens oder Taxis werden nur bei Vorliegen triftiger Gründe erstattet.

Triftige Gründe für die Anmietung eines Mietwagens liegen vor, wenn zur Erledigung des Dienstgeschäftes regelmäßig verkehrende Beförderungsmittel nicht genutzt werden können und deshalb ein Kraftfahrzeug benutzt werden muss und ein Dienstkraftfahrzeug nicht zur Verfügung steht.

Grundsätzlich können nur die Kosten für die Anmietung eines Kraftfahrzeuges der unteren Mittelklasse (z.B. Golfklasse) erstattet werden. Die Anerkennung triftiger Gründe ist in der Regel vor Antritt der Dienstreise einzuholen.

Triftige Gründe für eine Taxibenutzung liegen insbesondere vor, wenn

- im Einzelfall dringende dienstliche oder persönliche Gründe (z.B. Gesundheitszustand) vorliegen
- regelmäßig verkehrende Beförderungsmittel nicht oder nicht zeitgerecht verkehren oder
- Fahrten zwischen 23 und 6 Uhr das Benutzen eines Taxis für Zu- und Abgang, sowie Fahrten am Geschäftsort notwendig machen.

Ortsunkundigkeit und widrige Witterungsverhältnisse sind keine triftigen Gründe.

12. Welche Kosten werden mir bei einer Zugfahrt erstattet?

Kosten, die für Fahrten mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln entstanden sind, werden unabhängig von der Besoldungs-/Vergütungsgruppe bis zur Höhe der niedrigsten Beförderungsklasse erstattet. Die Unterscheidung nach Zugarten ist ebenfalls weggefallen.

Die Fahrtkosten der nächsthöheren Klasse können erstattet werden für Bahnfahrten von mindestens zwei Stunden Dauer bzw., wenn dienstliche Gründe dies im Einzelfall oder allgemein erfordern.

Eine mindestens zweistündige Fahrzeit liegt vor, wenn bei Bahnfahrten für die einfache Strecke der Zeitraum von der planmäßigen Abfahrt bis zur planmäßigen Ankunft einschließlich Umsteigezeiten zwei Stunden beträgt. Fahrzeiten für Zu- und Abgänge am Wohn-, Dienst- oder Geschäftsort mit Bus, Straßen-, U- und S-Bahn bleiben unberücksichtigt.

Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildenden werden bei Dienstreisen, unabhängig von der Fahrdauer, nur die Kosten der niedrigsten Beförderungsklasse erstattet.

Sonderregelung gem. § 4 Abs. 3 BRKG für Bahndienstreisende mit Behinderung:

Dienstreisenden, denen für Bahnfahrten die Kosten der niedrigsten Beförderungsklasse zu erstatten wären, werden bei einem Grad der Behinderung von mindestens 50 die Kosten der nächsthöheren Klasse erstattet.

Der Reisemittelbestellung bzw. dem Reisekostenerstattungsantrag ist grundsätzlich eine Kopie des Schwerbehindertenausweises bzw. ein entsprechend geeigneter Beleg beizufügen.

13. Können Reisekosten für Begleitpersonen erstattet werden?

Nur in den Fällen, in denen der Dienstreisende auf eine Begleitperson angewiesen ist (Eintrag im Schwerbehindertenausweis). Dieser Person können die Fahrt-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten gegen Einzelnachweis bis zur Höhe der Kosten erstattet werden, die dem Dienstreisenden erstattet würden.

14. Wie werden Dienstreisen abgerechnet, die mit einer privaten Reise verbunden wurden, um z.B. günstigere Flugtarife (sog. Spartarif-Flüge) zu erhalten?

Werden Dienstreisen mit privaten Reisen verbunden, wird die Reisekostenvergütung so bemessen, als ob nur die Dienstreise durchgeführt worden wäre. Die Reisekostenvergütung darf in diesem Fall die sich nach dem tatsächlichen Reiseverlauf ergebenden Kosten nicht übersteigen. Aber: **Werden Dienstreisen mit privaten Reisen von mehr als fünf Arbeitstagen verbunden, werden nur die zusätzlich für die Erledigung des Dienstgeschäfts entstehenden Kosten als Fahrtauslagen erstattet**; Tage- und Übernachtungsgeld wird für die Dauer des Dienstgeschäfts sowie die zusätzliche Reisezeit gewährt!

15. Sind Kosten für eine Reisegepäckversicherung bei Dienstreisen erstattungsfähig?

Ja, Auslagen für das Versichern des notwendigen persönlichen und dienstlichen Reisegepächs sind während der ganzen Dienstreisedauer (bei Inlandsreisen wie auch bei Auslandsdienstreisen) als Nebenkosten gem. § 10 Abs. 1 BRKG erstattungsfähig.

Auslagen für eine Jahresgepäckversicherung können berücksichtigt werden, wenn diese voraussichtlich billiger als die sonst in Betracht kommenden Einzelversicherungen ist. Die Jahresprämie wird

grundsätzlich erst erstattet, wenn sie sich insgesamt bei hinreichend vielen Einzelreisen im Vergleich zu den Einzelversicherungsprämien rechnet.

Soweit hinreichend viele Dienstreisen sicher prognostiziert werden können, können aber auch nach jeder Einzeldienstreise, auf der versichertes Gepäck mitgeführt wurde, die Kosten für eine der Reisedauer entsprechende Einzelreisegepäckversicherung erstattet werden, bis die Summe der Einzelerstattungen die Jahresprämie erreicht. Vorzulegen ist der Versicherungsschein und eine Auskunft des Versicherers zur Höhe einer Einzelreisegepäckversicherung.

Hat der Dienstreisende aus privaten Gründen eine Jahresgepäckversicherung abgeschlossen, können gesonderte Gepäckversicherungskosten für Dienstreisen nicht erstattet werden.

Zur Frage nach der Erstattungsfähigkeit von kombinierten Reiseversicherungen wird darauf hingewiesen, dass Versicherungen gegen andere Reiserisiken (Unfall, Erkrankung, Haftpflicht und Rücktrittskosten) unberücksichtigt bleiben müssen. Bei kombinierten Reiseversicherungen werden nur die fiktiven Kosten einer Reisegepäckversicherung erstattet. Der Dienstreisende hat eine Auskunft des Versicherers zur Höhe dieser Vergleichskosten für eine Einzelreisegepäckversicherung vorzulegen.

Zu den Erstattungsvoraussetzungen von Reisegepäckversicherungen s. auch Kommentierung Kopicki/Irlenbusch, Reisekostenrecht des Bundes, Band I, Teil B, § 10, S. 155, Gliederungspunkt 8.e.

16. Werden bei Auslandsdienstreisen die Kosten für den Abschluss einer Auslandsrankenversicherung übernommen?

Eine Erstattung im Rahmen der Reisekostenabrechnung ist nicht möglich, da es sich nicht um Kosten zur Erledigung des Dienstgeschäftes nach § 10 Abs. 1 BRKG handelt. Bedienstete sind insoweit durch den Dienstherrn (Beihilfe) bzw. Arbeitgeber (§ 17 SGB V für gesetzlich versicherte Tarifbeschäftigte) abgesichert.